

## **Kreisparteitag der CDU Köln am 21. November 2016**

### **Beschluss des CDU-Kreisparteitages am 21. Nov. 2016 zur Schulpolitik in NRW und in Köln**

**Bildung, das Zukunftsthema Nr. 1, ist in Köln und in NRW zu einem Randthema verkommen. Köln ist die größte Stadt des einwohnerstärksten Bundeslandes in einer der führenden Industrienationen der Welt. Viele Fachkräfte mit jungen Familien suchen hier Arbeit und eine gute Ausbildung für ihre Kinder. Dennoch fehlen elementare Grundlagen für eine gute Bildung der nächsten Generation: ausreichende Schulplätze, eine bedarfsgerechte Förderung für alle Kinder und Jugendlichen sowie eine hinreichende Pflege und Instandsetzung unserer Schulgebäude - eigentlich Selbstverständlichkeiten, von denen wir in unserer Stadt durch jahrzehntelange Vernachlässigung, ineffektive Verwaltungsabläufe und ideologieleitetes Handeln weit entfernt sind.**

#### **1. Ausbau und Neubau von Schulen**

Um alle Schülerinnen und Schüler unterbringen zu können, müssen in Köln in den kommenden zehn Jahren sukzessiv 31.500 zusätzliche Schülerplätze geschaffen werden. Dabei sind zusätzlich benötigte Plätze für Flüchtlingskinder noch nicht berücksichtigt. Dafür müssen in Köln 23 neue Grundschulen, 16 neue weiterführende Schulen und 2 neue Gebäude für Berufskollegs errichtet werden. Daneben müssen 5 Grundschulen und mindestens 13 weiterführende Schulen erweitert werden (vgl. Vorlage des Dezernates für Bildung, Jugend und Sport vom 13. 06. 2016). Von der Planung bis zur Fertigstellung einer Schule vergehen in Köln oftmals mehr als 10 Jahre. Dringend notwendige Planungen scheitern an den zu knappen Ressourcen der Gebäudewirtschaft. Schon jetzt sind vorhandene Schulen überfüllt. Fachräume wurden in Klassenräume umgewidmet. Die Klassen sind übervoll, oft in viel zu kleinen Räumen untergebracht und überschreiten die vom Land vorgegebenen Zahlen.

#### **Die CDU fordert:**

- die Priorisierung eines bedarfsgerechten Ausbaus und notwendiger Sanierungen von Schulen
- eine Beschleunigung von Planungsverfahren und Bauzeiten durch eine effektive und kreativ denkende Verwaltung

#### **2. Stärkung des Elternwillens und Profilierung des Gymnasiums**

In Köln fehlen insbesondere Gesamtschulplätze. Darum melden immer mehr Eltern ihre Kinder am Gymnasium an. Dort haben sich die Abiturnoten in den letzten Jahren deutlich verbessert und die Zahl der Sitzenbleiber/innen ist gesunken. Dennoch ist die Mehrheit der Eltern – insbesondere der Eltern mit jungen Kindern – mit der verkürzten Gymnasialzeit unzufrieden.

#### **Die CDU fordert:**

- den raschen Ausbau der nachgefragten Gesamtschulplätze
- eine schnelle Antwort auf die G8-Frage, die eventuell eine Wahlmöglichkeit zwischen G8 und G9 eröffnet
- veränderte Aufnahmeverfahren, bei denen die Leistungsfähigkeit der Kinder im Zweifelsfall genauer diagnostiziert und Eltern effektiver beraten werden
- die Rückkehr zu einer Ausbildung am Gymnasium, die auf bewährtem Niveau ein erfolgreiches Studium ermöglicht

### 3. Unterrichtsausfall

Durch fehlende Lehrkräfte – insbesondere in den Naturwissenschaften – fällt sehr viel Fachunterricht aus. Eigenständiges Lernen, das fachfremd begleitet wird, oder Unterricht durch Lehrkräfte, denen die fachliche und pädagogische Qualifikation fehlt, sind keine Antwort auf den vorhandenen Mangel. Zudem steigt der Unterrichtsausfall durch eine Vielzahl von Projekten und immer neue Aufgaben der Schulen zusätzlich an.

#### Die CDU fordert:

- die Einstellung zusätzlicher Lehrkräfte
- eine Ausbildungsoffensive in den naturwissenschaftlichen Fächern
- eine Erhöhung der Attraktivität des Lehrerberufs u. a. durch eine Begrenzung außerunterrichtlicher Aufgaben

### 4. Ganztagsangebot

Der Gebundene Ganzttag wird in seiner derzeit starren Form von einer Vielzahl von Eltern abgelehnt. Aber auch im generell akzeptierten offenen Ganzttag fehlen weiterhin vorgegebene Qualitätsstandards, das notwendige (verlässliche) Fachpersonal und die instrumentellen Voraussetzungen (Spielflächen, Gebäude, Einrichtungen).

#### Die CDU fordert:

- eine größtmögliche zeitliche Flexibilisierung nach pädagogischen Erfordernissen und den Bedürfnissen der Eltern
- Qualitätsstandards und deren Überprüfung
- vertretbare Rahmenbedingungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- ein rasche Bereitstellung der benötigten Infrastruktur

### 5. Inklusion

Die Lernbedingungen für Kinder mit und ohne Behinderung haben sich deutlich verschlechtert. Sonderschullehrer/innen und Inklusionshelfer/innen sind teilweise nicht effektiv und gemäß den Schwerpunkten ihrer Ausbildung eingesetzt und dadurch überfordert. Große Lerngruppen haben zum großen Teil keine Doppelbesetzung.

#### Die CDU fordert:

- eine ehrliche Bilanz zum Stand der Inklusion an unseren Schulen
- keine Inklusion um jeden Preis, sondern nur unter Berücksichtigung der fachlichen und sachlichen Ressourcen
- gute und differenzierte Lernbedingungen für alle Schülerinnen und Schüler, ausgerichtet an deren Fähigkeiten
- verlässliche Rahmenbedingungen für den Schulträger
- Erhalt von Förderschulen als Alternative für Eltern und deren Kinder, die eine stärkere Förderung in kleinen und homogenen Lerngruppen mit speziell ausgebildeten Lehrkräften benötigen

### 6. Integration von Migrantinnen und Migranten

Insbesondere die weiterführenden Schulen werden bei der Integration von Migrantinnen und Migranten zu wenig unterstützt. Kinder ohne ausreichende Sprachkenntnisse werden durch die

Vorgaben des Landes sofort oder zu früh im Klassenverband beschult. Es gibt kein Konzept für eine begabungsgerechte Förderung.

**Die CDU fordert:**

- eine flächendeckende Sprachförderung in Deutsch
- verpflichtende Landeskunde, um Strukturen und die Kultur des aufnehmenden Landes kennenzulernen
- eine frühzeitige Einschätzung der schulischen Befähigung vor der Zuweisung zu einer bestimmten Schulform
- größtmögliche Unterstützung der Schulen durch den Schulträger und das Land (Wahrnehmung von Integration als gemeinsamer Aufgabe)

## **7. Erhalt und Ausbau des dualen Systems**

Die duale Berufsausbildung ist ein wichtiger Baustein für den Wirtschaftsstandort Köln und stellt eine wichtige Grundlage für den Fachkräftenachwuchs dar. Das duale System der beruflichen Bildung ist ein Garant für die im Vergleich zu Europa niedrige Jugendarbeitslosigkeit und wird weltweit anerkannt. Dem entgegen wirken die zunehmende Studierneigung von jungen Menschen und der Trend zur Akademisierung.

**Die CDU fordert:**

- eine Stärkung der Attraktivität der dualen Berufsausbildung. Es bedarf der Aufklärung über Aufstiegschancen und Beschäftigungsperspektiven, um das Image der beruflichen Bildung zu fördern
- die Förderung der Berufsorientierung an allgemeinbildenden Schulen
- eine Verbesserung des Übergangs von Schule und Beruf. Lange Phasen der Orientierungslosigkeit von Jugendlichen nach dem Schulabschluss sind zu vermeiden
- Studienaussteigern den Weg in die betriebliche Ausbildung zu ebnen. Zu viele Studienanfänger verlassen die Universität ohne Abschluss. Diesem Personenkreis muss eine sinnvolle Anschlussperspektive in der beruflichen Bildung ermöglicht werden.